

Harald Christ

Rede zur Buchvorstellung von *Deutschlands ungenutzte Ressourcen*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Lassen Sie mich mit einem Zitat des chinesischen Philosophen Tschuang-Tse beginnen. Die Chinesen haben bekanntlich den Ruf, in sehr langen Zeiträumen zu denken. Wir erklären die beeindruckende Stärke des Reichs der Mitte gern damit, dass seine Staatsmänner seit jeher den Blick weniger auf das Heute und Morgen als auf den langfristigen Aufstieg ihres Landes richten. Diese weise Voraussicht zeigt sich schon in einem Ausspruch Tschuang-Tses aus dem 4. Jahrhundert nach Christus: „Willst du für ein Jahr vorausplanen,“ empfiehlt er, „so baue Reis an. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert planen, so bilde Menschen.“

Die Bildung als langfristige und unabdingbare Investition in die Zukunft eines Landes – genau mit diesem Thema beschäftige ich mich in meinem neuen Buch „Deutschlands ungenutzte Ressourcen.“ Die bei weitem wichtigste Ressource Deutschlands in der Weltwirtschaft von heute, das stelle ich darin ausführlich dar, sind seine Menschen, ihre Fähigkeiten, Talente, Qualifikationen und ihr Know-How. Oder, etwas technischer gesagt: Die Basis unseres Erfolgs ist unser Humankapital. Ich mahne in meinem Buch eindringlich: Wenn wir auch in den nächsten Jahrzehnten zur Weltspitze gehören wollen hinsichtlich unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, unserer Wirtschaftsleistung und unseres Wohlstands, müssen wir bereits heute massiv in die Bildung und Ausbildung der Menschen in unserem Land investieren. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Zukunft unseres Landes vor allem davon abhängt, ob es uns gelingen wird, eine radikale Wende in der Bildungs- und Einwanderungspolitik einzuleiten.

Sicher, der deutschen Wirtschaft geht es im Moment augenscheinlich gut: Die Auswirkungen der letzten Finanzkrise haben wir zunächst einmal schneller hinter uns lassen können als andere Industrieländer; unsere Produkte sind international sehr gefragt. Im Ausland staunt man über unser wirtschaftliches „Wunderland“, wie es der *Economist* im Februar 2011 nannte, in Anspielung auf das überraschend starke Wachstum des bundesdeutschen BIP nach Jahren der Stagnation und der jüngsten Rezession.

Doch diese gegenwärtige Stärke ist trügerisch, und damit befasse ich mich in meinem Buch. Wenn wir unseren Blick etwas weiter in die Zukunft richten, sehen wir uns drei massiven strukturellen Problemen gegenüber, die unsere zukünftige Leistungsfähigkeit als Volkswirtschaft – und damit auch unseren Lebensstandard – sehr gefährden.

Erstens: Der Bevölkerungswandel in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten stellt uns vor das doppelte Problem, dass unsere Bevölkerung sowohl schrumpft als auch immer älter wird. Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft prophezeit für die Jahre 2004 bis 2030 einen Rückgang der deutschen Einwohnerzahl um 4,1 Millionen. Der erwartete Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung ist sogar noch drastischer: Bis 2030 wird die Zahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 65 um ganze 7 Millionen sinken. Vielleicht kommt es sogar noch viel

schlimmer. Denn die eben zitierten Zahlen setzen voraus, dass wir in den kommenden 20 Jahren eine jährliche Nettozuwanderung von 150.000 Menschen haben. Die Ziffer ist nach jetzigem Stand sehr optimistisch: Im Moment haben wir eigentlich eine Nullzuwanderung nach Deutschland, das heißt Einwanderung und Auswanderung halten sich die Waage.

Die Prognos-Studie veranschaulicht auch die dramatischen Auswirkungen der erwarteten Bevölkerungsschrumpfung: Unser wirtschaftliches Wachstum pro Jahr würde sich fast halbieren, und bis 2030 müssten wir einen Wohlstandsverlust von 3,8 Billionen Euro hinnehmen. Das entspricht heute der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung von eineinhalb Jahren!

In seinem Geleitwort zu meinem Buch bringt es unser Altkanzler Helmut Schmidt auf den Punkt: Nehmen wir die Überalterung und Schrumpfung unserer Bevölkerung ohne Reaktion hin, werden wir uns einem massiven Mangel an Arbeitskräften und riesigen Finanzierungslücken in den Sozialsystemen gegenüber sehen. Schlimmer noch: Unsere überalterte Gesellschaft wird nicht mehr jene Energie und Innovationskraft aufbringen können, die wir benötigen, um international an der Spitze zu bleiben.

Die besorgniserregende demografische Entwicklung ist eng verbunden mit einem weiteren strukturellen Problem, dem Fachkräftemangel. Wie Sie aus den Medien wissen, sind bereits heute die Absolventen in den sogenannten MINT-Fächern knapp – die Abkürzung „MINT“ steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. 2011 fehlten uns 117.000 Qualifizierte und Hochqualifizierte in diesen Bereichen. Laut dem Verband der deutschen Ingenieure entstand uns daraus ein Wertschöpfungsverlust von etwa 3,3 Milliarden Euro.

Diese Zahlen sind aber nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was uns für die Zukunft erwartet. Denn der Strukturwandel unserer Wirtschaft ist noch immer in vollem Gange. Die Zahl der Beschäftigten in den industriellen Produktionsstätten wird aller Voraussicht nach weiter stark zurückgehen. Bis 2030 werden in den Fertigungshallen 1,8 Millionen Arbeitsplätze abgebaut werden, während produktionsferne und wissensintensive Tätigkeiten in etwa selbem Maße an Bedeutung gewinnen. Für die Erledigung dieser geistigen Arbeiten, das versteht sich von selbst, werden wir immer mehr Menschen brauchen, die durch eine exzellente schulische und akademische Ausbildung einen hohen Qualifikationsstand erreicht haben.

Vor dem Hintergrund dieser absehbaren Entwicklungen erscheint es mir geradezu wahnwitzig, wie verschwenderisch wir heute mit unserem Humankapital umgehen. Hier liegt nämlich unser drittes strukturelles Problem: Unser Bildungssystem lässt es zu, dass eine große Zahl junger Menschen zu Bildungsverlierern wird. Das heißt, sie bekommen nicht die Ausbildung, die Förderung und die Chancen, die sie für die wissensintensive Wirtschaft der Zukunft qualifizieren.

Im Bildungssektor, so erkläre ich in meinem Buch ausführlich, ist Deutschland ein Klassenstaat. Kaum ein anderes westliches Land zeigt in seinem Bildungssystem eine so hohe soziale Selektivität wie die Bundesrepublik: Kinder aus niedrigen sozialen oder bildungsfernen Schichten haben hierzulande nur geringe Chancen, mit einem hochwertigen Schulabschluss den Grundstein für eine erfolgreiche berufliche Zukunft zu legen. Zu diesem Schluss kamen nicht nur die berühmten PISA-Studien der OECD,

sondern eine Vielzahl neuerer Forschungsarbeiten. Im Jahr 2009 schafften es beispielsweise weniger als 20% der Kinder aus Arbeiterfamilien aufs Gymnasium. Bei Kindern aus der oberen Mittelschicht waren es dagegen mehr als die Hälfte. Besonders benachteiligt sind junge Menschen aus Familien mit Migrationshintergrund. Nur 12,9% von ihnen erlangen das Abitur, verglichen mit über 30% der Jugendlichen, deren Familien aus Deutschland stammen. In den Hochschulen setzt sich das System der ungleichen Chancen dann fort: 83% der Kinder aus Akademikerhaushalten besuchen im Laufe ihrer Ausbildung eine Universität oder Fachhochschule – aber nur 23% der Kinder aus anderen sozialen Schichten. Mit anderen Worten: Die Aussichten von Akademikerkindern auf einen Hochschulabschluss sind mehr als dreimal so hoch.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erscheint der Gleichbehandlungsgrundsatz unseres Grundgesetzes ein bloßes Lippenbekenntnis. „Das Geschwätz von Chancengleichheit,“ kommentierte der Spiegel 2008, „ist die größte Lebenslüge der Bundesrepublik.“ Unser Bildungssystem ist kaum darauf ausgelegt, in der sozialen Herkunft begründete Benachteiligungen zu kompensieren.

Dieser Missstand schmerzt mich persönlich ganz besonders. In meiner Jugend bestand lange Zeit die Gefahr, dass ich zum Bildungsverlierer wurde. Meine Herkunft aus einer Facharbeiterfamilie zeichnete mir im Prinzip den Weg auf die Hauptschule vor. Nur durch viel Mühe und eine Portion Glück gelang es mir später, aus dieser bildungsmäßigen Vorherbestimmung auszubrechen. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass Jugendliche heute eine fairere und bessere Chance bekommen, durch persönliche Leistung zu Bildungsgewinnern zu werden. Helmut Schmidt formuliert es in seinem Geleitwort sehr treffend: „Wir brauchen ein besseres Bildungs- und Ausbildungssystem, das *vielen* Menschen eine *hohe* Qualifikation ermöglicht.“

Doch wie können wir das erreichen? Meine Damen und Herren, im Folgenden möchte ich einige Lösungsstrategien für unsere strukturellen Probleme vorstellen, die ich in meinem Buch näher diskutiere. Meine großen Schlagworte sind:

- Erstens, die radikale Wende in der Zuwanderungspolitik
- Zweitens, die Reform unseres Schulsystems hin zu einem konsensfähigen Modell aus Gesamtschulen und Gymnasien
- Drittens, die massive Förderung unserer sträflich unterfinanzierten Hochschulen
- Viertens, ein Ende des überbordenden Bildungsföderalismus: Der Bund muss die Kompetenz erhalten, ein einheitliches Schulsystem zu definieren und sich maßgeblich an der Rettung unserer vernachlässigten Hochschulen beteiligen.

Zunächst zum Thema Zuwanderung. In meinem Buch spreche ich mich mit großem Nachdruck für eine gesteuerte Immigration von qualifizierten und hochqualifizierten Menschen aus. Ich bin tief davon überzeugt, dass sie ein essentieller Teil unserer Zukunftsplanung sein muss.

Damit beziehe ich ganz ausdrücklich eine Gegenposition zu Thilo Sarrazins kruden Thesen, die im letzten Jahr so heiß diskutiert wurden. Sarrazin und andere Einwanderungs-Skeptiker berufen sich gern darauf, dass wir unser demografisches

Problem inklusive Fachkräftemangel nicht allein durch Zuzug aus dem Ausland lösen können. Zuwanderung sei deswegen weitgehend unnütz oder gar schädlich.

Damit unterläuft ihnen natürlich ein ideologischer Fehlschluss: Es stimmt zwar, dass wir nur schwerlich genug Zuwanderer gewinnen können, um das Schrumpfen unserer Bevölkerung und den Fachkräftemangel vollständig zu stoppen. Das heißt aber nicht, dass Zuwanderung keinen erheblichen Teilbeitrag zur Lösung unserer strukturellen Herausforderungen leisten kann. Ich sehe sie als eine wichtige und unverzichtbare Säule in einem Maßnahmenbündel zur Bewältigung der Probleme.

Eins sollte uns allen klar sein: Der Verzicht auf Zuwanderung ist garantiert fatal. Andere hochentwickelte Länder wie z.B. Kanada haben längst begriffen, dass qualifizierte und hochqualifizierte Zuwanderer ein wertvolles und knappes Gut sind, um das sie sich entschlossen bemühen müssen. Der internationale Wettbewerb um gute Köpfe hat längst begonnen – nicht nur auf Ebene der Firmen, sondern auch auf der Ebene ganzer Länder.

In Deutschland verschließen wir noch immer gern unsere Augen vor diesen Realitäten – und geraten so zunehmend ins Hintertreffen. Zuwanderung wird bei uns viel zu oft als Gefahr und nicht als Chance begriffen. Insbesondere die beiden konservativen Parteien halten gegenüber ihren Wählern die Illusion aufrecht, man könne einfach so weitermachen wie bisher und auf eine gesteuerte Zuwanderung weitgehend verzichten. Die verheerende Folge ist, dass Deutschland als Einwanderungsland für Qualifizierte und Hochqualifizierte immer unattraktiver wird. Im Jahr 2004 gaben zum Beispiel noch 60% der Auswanderer aus Osteuropa an, dass sie sich am liebsten in Deutschland niederlassen würden. Heute, das heißt gerade einmal sieben Jahre später, sind es nur mehr 23%.

Die Vorgänge in unserem Land werden nämlich im Ausland genau verfolgt, gerade von jenen gebildeten Menschen, die wir in unser Land bringen möchten. Wenn die Unionsparteien die Debatte über eine „deutsche Leitkultur“ immer wieder neu aufwärmen, vermittelt das nicht gerade einen Eindruck kultureller Offenheit. Wenn ein christdemokratischer Bundespräsident mutig ausspricht, dass durch unsere muslimischen Mitbürger nun auch der Islam zu Deutschland gehört, dann erntet er in den Reihen seiner eigenen Partei vor allem Kritik und Ablehnung. Gut ausgebildete Menschen aus dem Ausland mutet das zurecht befremdlich an. Thilo Sarrazins Thesen taten zuletzt ihr Übriges, aber zumindest konnte Sarrazin für seine ideologischen Versteigungen mit keinerlei Rückhalt in seiner Partei rechnen.

Die derzeitige Atmosphäre der politischen Diskussion zum Thema Zuwanderung halte ich für höchst bedenklich. Wir dürfen nicht vergessen: Auf internationaler Ebene sind wir die Bittsteller! Wir müssen uns um Toleranz und eine fremdenfreundliche Begrüßungskultur bemühen, denn qualifizierte und hochqualifizierte Menschen sind heute in vielen Ländern herzlich willkommen – Deutschland ist für sie nur eine Wahlmöglichkeit unter vielen.

Ich fordere daher eine beherzte Neuausrichtung in der Zuwanderungspolitik. Unser erklärtes Ziel muss es sein, möglichst viele gut ausgebildete Menschen aus aller Welt in unser Land zu bringen. Dazu müssen die bisher sehr restriktiven Zuwanderungsbedingungen fallen: Deutsche Firmen sollten Ausländer, die in besonders nachgefragten Berufen ausgebildet sind, ohne eine aufwändige Vorprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit direkt einstellen dürfen. Die Mindestgehälter für

einwanderungswillige Arbeitnehmer und das Mindestkapital für zuwandernde Unternehmer müssen komplett wegfallen, wenn sie einen hohen Ausbildungsstand nachweisen können.

Ebenso sollten wir die Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse radikal vereinfachen. Bereits heute sind 500.000 Zuwanderer hier in Deutschland nicht oder unter Niveau beschäftigt, weil die Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern bei uns nicht anerkannt werden!

Wichtig ist, dass wir uns insgesamt nicht auf Höchstqualifizierte fixieren, wie es in einigen früheren Zuwanderungskonzepten der Fall war. Die Besten der Besten brauchen wir sicher auch, doch Fachkräftemangel herrscht in Deutschland auf breiter Front, nicht nur am oberen Ende der Skala.

Um all das durchsetzen zu können, bedarf es einer breit angelegten Aufklärungskampagne – unterstützt von Politik, Medien und Wirtschaft – die die existenzielle Wichtigkeit von Zuwanderung für unsere Zukunft anschaulich vermittelt. Im Ausland müssen wir gleichzeitig massiv für unser Land werben, potentielle Zuwanderungskandidaten möglichst direkt ansprechen und von der Attraktivität unseres Landes überzeugen.

Meine Damen und Herren,

als nächstes komme ich zur Bildungspolitik im engeren Sinne. Ich habe Deutschland vorhin als einen „Klassenstaat im Bildungswesen“ bezeichnet; ein Land, das zahlreichen jungen Menschen den Aufstieg durch Bildung versagt und so viele seiner geistigen Ressourcen unausgeschöpft lässt.

Hauptverantwortlich dafür ist nach wie vor das herkömmliche, dreigliedrige Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Wissenschaftliche Studien sprechen eine klare Sprache: Die frühe Entscheidung für einen der Schulzweige, die wir Kindern, Eltern und Lehrern abverlangen, verkennt das intellektuelle Potential vieler Schüler, insbesondere der schulischen Spätzügler. Ist man erst einmal auf einen bestimmten Abschluss festgelegt, ist der Wechsel in höhere Schulzweige beinahe unmöglich. Darüber hinaus betonen Bildungsforscher immer wieder, dass ein längeres gemeinsames Lernen – also über die vierte Klasse hinaus – dem Lernerfolg der stärkeren Schüler keinen Abbruch tut, gleichzeitig aber die schulische Leistung der schwächeren Schüler sehr verbessert. Man könnte die Forschungsmeinung also in etwa so zusammenfassen: Je später die Schüler den verschiedenen Abschlusstypen zugeordnet werden und je länger sie gemeinsam lernen, desto mehr Chancengleichheit herrscht und desto weniger spielt die soziale Herkunft für den schulischen Erfolg eine Rolle.

Bisher war der Widerstand der Eltern die größte Hürde für Bildungsreformen in Richtung längeres gemeinsames Lernen und größere Chancengleichheit. Die Ablehnung der sechsstufigen Grundschule im Hamburger Referendum letztes Jahr ist eines der prominentesten Beispiele. Leider sind die von mir gerade erörterten bildungswissenschaftlichen Erkenntnisse hierzulande völlig unzureichend bekannt, obwohl sie mit den Erfahrungen in zahlreichen anderen Industrieländern übereinstimmen.

Die wichtigste Aufgabe der Politik besteht deswegen heute darin, die deutsche Bevölkerung, insbesondere Eltern und Schüler, über die eklatante Ungerechtigkeit des dreigliedrigen Systems konsequent aufzuklären und eine transparente Alternative aufzuzeigen: Das Schulsystem der Zukunft besteht aus Gymnasien und integrierten Gemeinschaftsschulen. Gemeinschaftsschulen unterrichten Schüler so lange wie möglich im gemeinsamen Klassenverbund und gewährleisten so eine hohe Mobilität zwischen den Abschlüssen. Die Wahlmöglichkeit zwischen Hauptschul- und Realschulabschluss bleibt so fast bis zum Ende offen. Besonders gute Schülern können im Anschluss in eine gymnasiale Oberstufe wechseln, die zum Abitur führt. Die Chancen für eine breite Einführung dieses Modells stehen im Moment nicht schlecht, zumal sich die CDU auf Bundesebene diesen November ebenfalls für das zweigliedrige System aussprechen möchte.

Ich plädiere aber nicht nur für die Gemeinschaftsschulen, sondern auch für eine flächendeckende Einführung der sechstufigen Grundschule. Bis zum zwölften Lebensjahr sollten Schüler aller Leistungsklassen denselben Unterricht besuchen. Sie profitieren in dieser Zeit vom gemeinsamen Lernen, entwickeln einen stärkeren Zusammenhalt über soziale Grenzen hinweg und haben genug Zeit, ihre schulischen Talente zu entwickeln. Anders gesagt, ich halte die sechsjährige Grundschule, wie sie im Hamburger Volksentscheid abgelehnt wurde, für das bildungspolitisch richtige Modell.

Abgesehen von diesen Schulreformen spreche ich mich in meinem Buch für die gezielte Ausweitung der frühkindlichen Bildungsangebote aus. Denn die Qualität der Förderung im Kleinkindalter hat maßgeblichen Einfluss auf den späteren Schulerfolg. Sie ist somit elementar wichtig für die Chancengleichheit im Bildungsbereich – auch da ist sich die Forschung inzwischen einig.

Auf mittlere Frist gesehen fordere ich darüber hinaus die verpflichtende, flächendeckende Einführung von Ganztageschulen. Auch sie haben einen eindeutig positiven Einfluss auf den Schulerfolg gerade von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Nicht zuletzt helfen Ganztagesangebote jungen Eltern erheblich dabei, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Meine Damen und Herren,

wenden wir uns nun den Hochschulen zu. Um die Chancengleichheit ist es hier ebenso schlecht bestellt wie an den Schulen. Wie ich bereits erwähnt habe, nehmen Akademikerkinder viel häufiger ein Studium auf als Kinder aus anderen Schichten – Deutschland zeigt sich hier ebenfalls als Klassenstaat.

Mit noch größerer Sorge erfüllt mich aber die chronische Unterfinanzierung unserer Universitäten und Fachhochschulen. Von 1993 bis 2007 gingen die Grundmittel der deutschen Hochschulen, bereinigt um die Inflation, kontinuierlich zurück. Die Zahl der Studenten wuchs in den letzten 40 Jahren auf das Dreifache an, aber es gibt heute gerade einmal 80% mehr Professoren als noch 1970. Und in den kommenden Jahren werden die Studierendenzahlen weiter steigen wegen der geburtenstarken Jahrgänge, der Aussetzung

der Wehrpflicht, der doppelten Abiturklassen in einigen Bundesländern und der allgemein wachsenden Zahl an Abiturienten.

Man muss kein Spezialist sein um zu verstehen, dass diese Entwicklungen die Hochschulen und ihre Dozenten zunehmend überfordern und Betreuungsqualität und Lehre massiv leiden. Die missliche Lage unserer Universitäten schlägt sich nicht zuletzt in den großen internationalen Hochschul-Vergleichen nieder. Im Shanghai-Ranking kommt die beste deutsche Uni gerade einmal auf den 47. Platz weltweit; im Ranking der Londoner *Times* gar nur auf den 60.

Einen weiteren Verfall unserer Hochschullandschaft können wir uns wahrhaftig nicht leisten, denn in den kommenden Jahren werden wir mehr als je zuvor gut ausgebildete Studienabsolventen brauchen. Die verschiedenen Förderprogramme, die in den letzten Jahren für das Hochschulwesen aufgelegt wurden, begrüße ich daher ausdrücklich. Ich denke hier z.B. an die Exzellenzinitiative der Bundesregierung, den Qualitätspakt Forschung und Lehre zur Anhebung der Unterrichtsqualität und den „Hochschulpakt“ zum Ausbau der Studienplatzkapazitäten.

Doch all diese Maßnahmen sind durch ihre Selektivität und Befristung letztlich nur Stückwerk. Im besten Falle können sie gerade einmal den weiteren Abstieg der deutschen Hochschulen verhindern. Der schier unglaubliche Investitionsstau und die riesigen Finanzierungslücken der letzten Jahre werden damit nicht aufgeholt. Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen sind über lange Zeit strukturell so stark vernachlässigt worden, dass jetzt ein finanzieller Kraftakt nötig ist. Wir brauchen eine breit angelegte und unbefristete Förderung, die dauerhaft eine hohe Qualität der akademischen Bildung sicherstellt. Damit meine ich nicht nur eine bessere Förderung von Spitzenprojekten und Spitzenuniversitäten, sondern eine flächendeckende, starke Verbesserung der Studienbedingungen.

Die Bundesländer allein können diesen hochschulpolitischen Kraftakt kaum leisten, meine Damen und Herren – vor allem nicht finanzschwache Länder wie Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein oder das Saarland. Deswegen muss der Bund noch enger in die Hochschulpolitik und -finanzierung einbezogen werden.

Damit wäre ich auch schon bei meinem letzten großen Punkt angelangt, und zwar der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik – eine Aufgabenteilung die in ihrer jetzigen Form die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems enorm behindert.

Wie ich gerade erwähnt habe, erfordert eine radikale Verbesserung der Lehr- und Forschungsqualität an unseren Hochschulen eine viel engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Diese Kooperation ist rechtlich zum Glück möglich, auch wenn noch viele Möglichkeiten der Ausgestaltung offen bleiben.

Im Bereich der Schulen wäre eine engere Abstimmung angesichts der abenteuerlichen gegenwärtigen Verhältnisse ebenso dringlich. Seit der Föderalismusreform von 2006 liegt die Gestaltung des Schulsystems jedoch in der ausschließlichen Kompetenz der Länder. Schlimmer noch: eine Kooperation zwischen Bund und Ländern ist verfassungsrechtlich untersagt.

Deutschland verkam so in den letzten Jahren immer mehr zu einem bildungspolitischen Flickenteppich. Wie der *Stern* vorrechnet, existieren in Deutschland heute mehr als 2500 verschiedene Lehrpläne, 100 Schultypen und 17 verschiedene Verfahren zum Testen der Deutschkenntnisse von Grundschulern nebeneinander. Es grenzt an ein Wunder, schreibt die Zeitschrift sarkastisch, „dass überall dieselben Grundrechenarten gelten.“

In der Bundesrepublik von heute existieren klassisches dreigliedriges Schulsystem, Gymnasien, Gesamtschulen, vier- und sechststufige Grundschulmodelle und verschiedenste Mischformen wild nebeneinander. Die Bildungsmobilität zwischen den Bundesländern ist immer weniger gegeben: Ein Übertritt vom reformierten Berliner Schulsystem in das herkömmlich organisierte bayerische System wird so zu einer wahnwitzigen Aktion. 61% der Bundesbürger halten die Zersplitterung der Schullandschaft in ihrer jetzigen Form für falsch und sprechen sich für eine Verlagerung der Kompetenzen zum Bund aus. Heribert Prantl schrieb vor Kurzem in der *Süddeutschen Zeitung*: „Der Bildungsföderalismus quält Lehrer, Eltern und Schüler: Er ist praktizierte Bürgerferne, er ist schikanös, er ist eine staatsrechtliche Spielform des Sadismus.“

Und mit jedem Regierungswechsel in einem Bundesland steht das jeweilige Schulmodell erneut zur Disposition. Meine Damen und Herren, Sie werden sich jetzt mit Recht fragen: Wie soll denn in einem solch instabilen Umfeld bitte eine solide Ausbildung zustande kommen?

Die Föderalismusreform von 2006 gilt inzwischen selbst unter ihren Wegbereitern als Fehler. Ich verlange daher nicht nur ihre Rücknahme, sondern viel weitergehende Maßnahmen: Der Bund muss die Richtlinienkompetenz im Bildungssektor erhalten und sich mit den Ländern auf ein bundesweit umzusetzendes Bildungsprogramm einigen. Dazu gehört vor allem, nationale Bildungsstandards für alle Schulformen in allen Fächern festzulegen sowie das Zentralabitur einzuführen.

Die neue Struktur des Schulsystems, die ich vorgeschlagen habe – also integrierte Gesamtschulen plus Gymnasien – wird dabei bundesweit für verbindlich erklärt und im Grundgesetz verankert. Eine solche Festlegung würde zum einen das Bildungssystem der Bundesrepublik in sinnvollem Maße vereinheitlichen. Zum andern würde so endlich „Schulfrieden“ in den Ländern einkehren – und Schulen könnten sich voll und ganz ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Ausbildung der Schüler, widmen.

Eine viel umfassendere Kompetenz des Bundes in Schulfragen ist nicht zuletzt deswegen nötig, weil viele ärmere Bundesländer – z.B. Berlin oder Schleswig-Holstein – die unerlässlichen Investitionen und Reformen im Schulsystem gar nicht aus eigener Kasse bestreiten könnten.

An die vorgeschlagene Neuordnung der föderale Aufgabenverteilung knüpft auch mein letzter, umfassender Vorschlag an: Angesichts des massiven Reform- und Investitionsbedarfs in unserem Bildungssystem schlage ich einen Pakt für Exzellenz und Bildung vor, der zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ausgehandelt wird. Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen, private Geldgeber und Stiftungen würden dabei verbindlich in einen Bildungsfonds einzahlen, der die enormen Investitionen

möglich macht, die ich bisher erwähnt habe. Der Beitrag des Bundes allein sollte um die 10 Milliarden Euro betragen.

Ich bin überzeugt: Wenn uns dieser Umbau des föderalen Systems sowohl strukturell auch finanziell gelingt, werden wir ein Bildungssystem mit mehr Chancengerechtigkeit, Mobilität und Transparenz haben. Ein System, das nicht nur fairer ist, sondern auch die geistigen Potentiale zukünftiger Generationen besser erschließt. Ein System, das auf diese Weise nicht zuletzt die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unser Landes sicherstellt.

Neben den vier großen Themen, die ich heute angesprochen habe, behandle ich in meinem Buch noch einige weitere Problemlagen unseres Bildungssystems. Ich kann hier leider nur drei Punkte kurz anschnitten.

Erstens: Ich spreche mich für eine verpflichtende Einführung des Fachs Wirtschaftkunde in allen Sekundärschulen aus. Wirtschaftsunterricht halte ich für ein geeignetes Mittel, junge Menschen schon früh mit unternehmerischem Denken vertraut zu machen – und ihnen auf diese Weise den späteren Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern. Denn in puncto Unternehmensgründung und Selbständigkeit schneidet die Bundesrepublik noch immer weit schlechter ab als andere hochentwickelte Länder.

Zweitens setze ich mich mit den alarmierenden Zuständen im Bereich der dualen Berufsausbildung auseinander. Etwa jeder dritte Schulabgänger, der eine Lehre beginnen möchte, findet heute keine Azubi-Stelle und landet stattdessen in einem Übergangssystem. Schulabgänger mit Migrationshintergrund finden sich besonders häufig in dieser misslichen Lage wieder. Sie leben oft auf Dauer in prekären Verhältnissen.

Angesichts des immer größer werdenden Fachkräftemangels, aber auch aus moralischer Sicht, kann es nicht sein, dass unser Bildungssystem diese jungen Menschen einfach abschreibt. Wir müssen dafür sorgen, dass sie eine zweite und dritte Chance bekommen. Ich setze dabei vor allem auf eine Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaftsunternehmen: Wer keine Azubis annimmt, muss sich öffentlich dafür rechtfertigen. Dieser Druck, meine ich, würde bei den Firmen zu einer viel höheren Ausbildungsbereitschaft führen. Auch das duale Ausbildungssystem an sich bedarf einiger Anpassungen: Vor dem Hintergrund der immer komplexeren Anforderungen an unsere Arbeitskräfte müssen wir dafür sorgen, dass eine mit Fleiß und Elan betriebene Berufsausbildung am Ende zu einem theoretischen Kenntnisstand und Qualifikationsgrad führt, der einem Bachelor-Abschluss entspricht.

Drittens behandle ich in meinem Buch den Bereich der Zukunftstechnologien, z.B. der Pharmazeutik und Biotechnologie. Hier muss Deutschland wieder Anschluss an die Weltspitze gewinnen. Ich wünsche mir unter anderem eine schnelle Umsetzung des lange aufgeschobenen Plans, steuerliche Erleichterungen für die Forschungs- und Entwicklungsarbeit von Unternehmen zu schaffen. Außerdem empfehle ich eine Bündelung der forschungspolitischen Zuständigkeiten in einem neu definierten Bundesministerium für Wirtschaft und Innovation. Bisher herrscht in diesem Bereich leider ein völliges Kompetenzwirrwarr – je nach Forschungsbereich zeichnen sich fünf verschiedene Bundesministerien für die öffentliche Förderung der Wissenschaft verantwortlich. Klare strategische Entscheidungen sind so kaum möglich.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich meine Buchvorstellung mit einer kurzen Textpassage abschließen. Ich zitiere: Es sollte uns allen klar sein, „dass für die kommenden Jahre, [...] für dieses ganze Jahrzehnt [die] Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik Priorität Nr. 1 hat. Es gibt viele wichtige Aufgaben, aber es gibt keine innere Reform von gleicher Dringlichkeit wie diese. [...] Es ist eine phantastische Aufgabe, die vor uns liegt. Sie entscheidet darüber, ob dies einer der modernen Industriestaaten der Welt sein wird oder nicht und ob alle jungen Menschen die gleiche Chance bekommen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und die Bildung und Ausbildung zu erhalten, die ihnen zusteht.“

Vor man mich nun des Plagiats beschuldigt, füge ich lieber gleich hinzu: Das Zitat stammt nicht von mir selbst und nicht aus meinem Buch, sondern von Willy Brandt aus dem Jahr 1970. Er kündigte darin eine Bildungspolitik an, die unter seiner Kanzlerschaft zu einem enormen Reformschub führte. Unter anderem erleichterte seine Regierung den Zugang zu den Hochschulen und ermöglichte jungen Menschen aus weniger gut situierten Haushalten durch die Einführung des Bafög die Aufnahme eines Studiums.

Diesen reformerischen Kampf für mehr Chancengleichheit und eine exzellente Ausbildung für alle Menschen unseres Landes, unbeachtet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, müssen wir heute weiterführen.

Wir tun es nicht zuletzt um unserer eigenen Zukunft willen: Die wichtigste Ressource Deutschlands sind und bleiben seine Menschen, samt ihrer Talente, Fähigkeiten und Kenntnisse. Nur wenn wir uns konsequent um ihre Weiterentwicklung bemühen, werden wir in der Weltwirtschaft von morgen bestehen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.